

Union schlägt Rentengipfel vor

Die Union schlägt vor, dass Regierung und Opposition eine gemeinsame Arbeitsgruppe bilden zur Lösung der Zukunftsprobleme unserer Alterssicherung, die vor allem durch die demografische Entwicklung und Veränderungen in unserer Arbeitswelt verursacht werden.

Obwohl sich die damalige Opposition verweigerte, war die Rentenreform 96 ein wichtiger Schritt. Die Rücknahme durch die heutige Regierung war ein Fehler, und die kurzfristige Manipulation der Rentenanpassung kann die strukturellen Probleme nicht lösen. Eine nachhaltige und tragfähige Lösung der Probleme unserer Alterssicherung geht über eine Legislaturperiode des Bundestages weit hinaus, ist eine

Beschluss des CDU-Präsidiums

Aufgabe im nationalen Interesse und betrifft alle Generationen. Deshalb ist die Union auch in ihrer derzeitigen Oppositionsverantwortung bereit, vorurteilsfrei und parteiübergreifend eine Lösung zu finden und mitzuverantworten. Wir schlagen deshalb eine Arbeitsgruppe unter der gemeinsamen Verantwortung der politischen Führung von Regierung und Opposition vor. Die Ergebnisse sollen in dieser Legislaturperiode gesetzgeberisch umgesetzt werden. ■

**Angela Merkel startet
Gesundheitsaktion** Seite 2-4

HEUTE AKTUELL

● Aktion

Generalsekretärin Angela Merkel startet Gesundheitsaktion „Gesundheit muss sich jeder leisten können“. Seite 2-4

Auch die nordrhein-westfälische CDU startet Aktion gegen rot-grüne Gesundheitsreform. Seite 7

● Gesundheitsreform

Hans-Peter Replik an Bundestagspräsident Thierse: Wir verlangen eine neue Abstimmung. Seite 6

● CDU NRW

Nein zum rot-grünen Ökosteuer-Gesetz. Beschluss des Landesvorstands. Seite 8

● CDU Thüringen

Vertrauen verpflichtet. 12. Landesparteitag in Weimar. Seite 14

● Frauen-Union

Arbeit – Bildung – Familie. 23. Bundesdelegiertentagung. Seite 17

● Dokumentation

Strategien für die Welt von morgen. Rede von Generalsekretärin Angela Merkel auf dem Internet-Kongress der CDU Niedersachsen. Innenteil

Angela Merkel startet Gesundheitsaktion

Am 19. November hat Generalsekretärin Angela Merkel die Aktion „Gesundheit muss sich jeder leisten können“ gestartet:

„Wir gehen mit dieser Aktion zu den Menschen, weil wir mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Gesundheitsreform diskutieren wollen.“

Ziel der Aktion ist es, die Menschen im Land über die rot-grüne Gesundheitsreform zu informieren und zugleich die CDU-Alternativen für eine bessere Gesundheitspolitik zu präsentieren.

Zum Start der Aktion hat die Generalsekretärin zwei „Gesundheits-Mobile“ auf die Reise geschickt. Diese werden zunächst in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen eingesetzt. Die Bürgerinnen und Bürger können an den Gesundheitsmobilen mit Politikern diskutieren sowie einfache Gesundheitstests – z.B. Blutdruckmessen – wahrnehmen.

Es ist eine kleine Meldung, aber sie ist aller Aufmerksamkeit wert: Schäuble und Stoiber bieten den Berliner Regierungsparteien an, auf der Ebene der Parteivorsitzenden eine Arbeitsgruppe einzurichten, die Vorschläge zur Rentenreform ausarbeitet. Dieser Schritt der Union ist deshalb bemerkenswert, weil er dazu beitragen könnte, das Parteiengzänk um die Rente wenn nicht zu beenden, so doch zu entschärfen. Stoiber sagt zutreffend, die Stabilität der Gesellschaft und das Vertrauen in den Staat hängen wesentlich von der Lösung der Rentenfrage ab. Sowohl die derzeitigen Rentenbezieher als auch die Beitragszahler benötigen Sicherheit.

Stuttgarter Zeitung



Angela Merkel: Wir werden alles in unserer Macht stehende tun, um die geplante Gesundheitsreform 2000 von Frau Fischer zu verhindern.

Generalsekretärin Angela Merkel:

Gesundheit muss sich jeder leisten können

Anlässlich der Vorstellung einer Aktion gegen die rot-grüne Gesundheitsreform erklärte Generalsekretärin Angela Merkel:

Die Pannen bei der rot-grünen Gesundheitsreform reißen nicht ab. Das Chaos wurde offenbar zum Programm erhoben. Dies sind die Auswirkungen einer hektischen und unsoliden Beratung im Parlament mit fatalen Folgen, vor allem für die Patientinnen und Patienten. Die Koalition sollte das Gesetz sofort zurückziehen.

In diesen Tagen bekommen die Menschen die Auswirkungen dieser rot-grünen Chaospolitik zu spüren. Erste Engpässe in der Arznei- und Heilmittelversorgung entstehen durch die bereits in diesem Bereich bestehende Budgetierung. So hat die Kassenärztliche Bundesvereinigung berichtet, dass in Rheinhessen, in Bayern, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern in den nächsten Wochen und in Brandenburg bereits jetzt die Budgets ausgeschöpft sind. Es gibt aber Momente im Leben, da darf es nicht aufs Geld ankommen! Wer wie SPD und Grüne das Schicksal der Patienten in die Hände von Krankenkassen-Buchhaltern legt, der kann am Ende die medizinische Versorgung nicht mehr sicherstellen. Dies ist eine unsoziale und rein ideologisch geprägte Politik.

Die CDU lehnt deshalb die von der Schröder-Regierung geplante „Gesundheitsreform 2000“ grundsätzlich ab. Sie beschreitet den falschen Weg. Diese Gesundheitspolitik führt zu einer Zwei-Klassen-Medizin. Die rot-grüne Bundesregierung hat mit dem Solidaritätsstärkungsgesetz bereits heute die von der Union erreichte Solidität



der gesetzlichen Krankenversicherung verspielt. Mit der Rücknahme von beitragsentlastenden Reformen und zusätzlichen Leistungsausgaben provoziert die rot-grüne Bundesregierung neuerliche Defizite, steigende Beiträge sowie eine geringere Versorgung und Rationierung. Für diesen Teufelskreis tragen SPD und Grüne ausschließlich die Verantwortung.

Die frühere Bundesregierung war dagegen auf dem richtigen Weg. Die 1997 be-

schlossene Reform hat ein ausgewogenes Gleichgewicht geschaffen zwischen Solidarität und Eigenverantwortung, Patienten und Beitragszahlern, machbarem und notwendigem in der medizinischen Versorgung, Leistungserbringern und Krankenkassen. Die Folgen waren eine qualitativ hochstehende medizinische Versorgung und stabile Beitragssätze sowie Einnahmeüberschüsse. Der neuen Bundesregierung wurde ein wohlgeordnetes, entwicklungsfähiges Gesundheitswesen übergeben. Diese Politik hätte weiterentwickelt werden müssen. Stattdessen ist das vorhandene Kapital in kürzester Zeit verspielt worden.

Auch in der Gesundheitspolitik gilt, dass Solidarität nicht überstrapaziert werden darf und Eigenverantwortung gestärkt werden muss. In der Gesellschaft findet dies nur dann Akzeptanz, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Dazu gehören in erster Linie steuerliche Entlastungen, die den Einzelnen in die Lage versetzen, mehr Mittel eigenverantwortlich einzusetzen.

Wir setzen generell auf mehr Eigenverantwortung und Wahlfreiheiten, die mit einer steuerlichen Entlastung Hand in Hand gehen müssen. Dazu fordern wir:

- Stärkung der Anreize für Patienten zu kostenbewusstem Verhalten. Denkbar wäre eine prozentuale, in der Höhe begrenzte Zuzahlung bei Arzneimitteln an Stelle der festen DM-Beträge. Gesundheitsbewusstes Verhalten muss stärker belohnt werden.

- Bei den Leistungserbringern muss die individuelle Verantwortung für die veranlassten Leistungen in den Vordergrund treten (z.B. an Stelle von Budgets arztindividuelle Richtgrößen). Anreize in den Vergütungssystemen, die zur Ausweitung von Leistungen beitragen, müssen reduziert werden.

- Den Versicherten sollten mehr Wahlmöglichkeiten bei dem Umfang der zu versichernden Leistungen gewährt werden.

- Der ambulante und stationäre Bereiche müssen besser und effizienter zusammenarbeiten.

- Die Bemühungen der Länder bei der Kapazitätsanpassung im Krankenhausbereich müssen unterstützt und gefördert werden. Die Umstellung der Vergütungen im Krankenhaus hin zum Fallpauschalensystem ist zu beschleunigen.

- Die Voraussetzungen für einen echten Wettbewerb zwischen den Krankenkassen sind zu verbessern.

Kurzum: Mit mehr **Freiheit und Verantwortung** bleibt unser Gesundheitssystem leistungsfähig, zukunftsorientiert und bezahlbar für alle.

Die CDU ist sich der Verantwortung für unser Gesundheitswesen bewusst und zu Gesprächen mit der Bundesregierung bereit, wenn diese Verhandlungen auf einer gänzlich neuen Grundlage zustimmt. Wir werden daher alles in unserer Macht stehende tun, um die geplante Gesundheitsreform 2000 von Frau Fischer zu verhindern.

Deshalb starten wir heute die Aktion „Gesundheit muss sich jeder leisten können“. Wir werden in den kommenden Wochen die Bürgerinnen und Bürger über die Folgen der rot-grünen Gesundheitspolitik aufklären und zugleich über die Alternativen der CDU informieren.

Die Materialien zur Gesundheitsaktion

- Broschüre
- Faltblatt
- Papiertaschentücher
- Vitamin-Bonbons

finden Sie auf den
Seiten 19 und 20.

Eine Panne mit gravierenden juristischen Folgen

Zum weiteren Gesetzgebungsverfahren in der Gesundheitsreform erklärte der Justiziar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andreas Schmidt (Mülheim):

Das Gesetzgebungsverfahren zur Gesundheitsreform muss von vorne wieder aufge-
rollt werden, wenn die Entlastung der ost-
deutschen Krankenkassen einbezogen
werden soll. Der Bundestag hat dem Ge-
setzentwurf in der Fassung der Beschlus-
sempfehlung des Gesundheitsausschusses
ohne die fehlenden 24 Seiten in zweiter
und dritter Lesung beraten und einen ent-
sprechenden Gesetzesbeschluss gefasst.
Damit ist das Gesetzgebungsverfahren im
Bundestag abgeschlossen. Der Gesetzes-
beschluss des Bundestages beinhaltet
nicht die Entlastung der ostdeutschen
Krankenkassen. Der Bundesrat kann über
das Gesetz nur in dieser vom Bundestag
beschlossenen Fassung beraten, nicht über
die fehlenden 24 Seiten, die ihm gar nicht
hätten zugesandt werden dürfen. Dem
Bundesrat liegt eine Fassung vor, die der
Bundestag nicht beschlossen hat.

**Der korrekte Weg, aus dieser
Kalamität herauszukommen,
ist folgender:**

Der Gesetzentwurf wird im Bundestag neu
eingebracht, dann wieder an den Gesund-
heitsausschuss überwiesen und auf der
Grundlage einer neuen Beschlussempfeh-
lung in zweiter und dritter Lesung im
Bundestag beraten und dort verabschiedet.

Die Panne hat also gravierende juristische
Folgen. Eine bloße Berichtigung des Geset-
zesbeschlusses nach § 122 der Geschäftsord-
nung des Bundestages ist nicht möglich.

Nur einen Torso beschlossen

**Zur neuerlichen Panne im Bera-
tungsablauf des Gesundheitsreform-
gesetzes von Ministerin Fischer er-
klärte der stellvertretende Vorsitzen-
de der CDU/CSU-Bundestagsfrak-
tion, Hermann Kues:**

Es ist unglaublich, wie nachlässig und lai-
enhaft die Regierung mit Gesetzesvorla-
gen umgeht, die tiefgreifende Einschnitte
für die Bevölkerung bedeuten. Abgesehen
davon, dass es sich um eine Brückierung
des Parlaments handelt, muss man mitt-
lerweile den Eindruck gewinnen, die Re-
gierung betrachte die Gesundheitspolitik
als Möglichkeit zum üben und probieren.
Für ein „learning by doing“ ist aber die
Gesundheitspolitik zu wichtig. Hier ist
professionelles und verlässliches Handeln
gefordert.

Da die Abgeordneten am 4. November im
Bundestag nur einen Torso beschlossen ha-
ben, ist das Ergebnis der Abstimmung hin-
fällig. Die Unionsfraktion fordert deshalb
eine erneute Beratung des Gesetzes im
Gesundheitsausschuss sowie eine erneute
abschließende Lesung im Bundestag. Die-
se Sondersitzung kann noch in der kom-
menden Woche erfolgen, damit der Zeit-
plan eingehalten werden kann.

Menetekel für Rot-Grün

Die Art und Weise, wie dieses Gesetz von
der Regierung durchgewurstelt wird, ist
ein Menetekel für die Gesundheitspolitik
der rot-grünen Regierung.

Das Vernünftigste wäre, das Gesetz insge-
samt zurückzuziehen. ■

Union verlangt neue Abstimmung über Gesundheitsreform

Der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Replik, hat folgendes Schreiben an den Bundestagspräsidenten Thierse gerichtet:

Am 4. November 1999 hat der Deutsche Bundestag den Entwurf eines Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung ab dem Jahr 2000 (GKV-Gesundheitsreform 2000) verabschiedet. Wie sich nunmehr bei näherer Befassung mit der der Beratung zugrundeliegenden Drucksache 14/1977 herausstellte, stimmt diese Drucksache nicht mit der Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses überein. Die Seiten 232 bis 255 fehlen. Damit hat der Deutsche Bundestag über wichtige Teile des Gesetzentwurfs nicht abgestimmt. Angesichts der damaligen Hektik bei den Beratungen des Gesetzentwurfs im Gesundheitsausschuss – ich verweise nur auf die vielen Hundert Seiten Änderungsanträge, die im Ausschuss innerhalb kürzester Zeit abgearbeitet werden mussten – und der sich nun herausstellenden mangelnden Endredaktion sind weitere Fehler und Mängel nicht auszuschließen.

Meine Fraktion hat in der Sondersitzung des Gesundheitsausschusses am 4. November, die aufgrund der in der 2. Lesung auftauchenden Ungereimtheiten in der Beschlussvorlage notwendig wurde, gefordert, die 2. Lesung zu unterbrechen und am darauffolgenden Tag wiederaufzunehmen, um die verbleibende Zeit zu nutzen, die Beschlussempfehlung auf Fehler hin zu prüfen. Dieser sinnvolle Vorschlag wurde mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen leider abgelehnt. Nun ist genau das eingetreten, was wir damals befürchtet haben: Nach und nach kommen die Fehler ans Licht. Das schadet

der Würde und dem Ansehen des Deutschen Bundestag als Gesetzgebungsorgan.

Das Fehlen von 24 Seiten des Gesetzestextes in der den Abgeordneten zugeleiteten Vorlage ist nicht akzeptabel. Es handelt sich um einen gravierenden Fehler. Eine bloße Berichtigung des Gesetzesbeschlusses nach § 122 GO BT ist nicht möglich. Ich schlage deshalb vor, dass zunächst der federführende Gesundheitsausschuss zu einer Sondersitzung zusammengerufen wird, um über die inhaltlichen Konsequenzen der fehlerhaften Gesetzgebung zu beraten. Für meine Fraktion ist es unabdingbar, dass sich der Deutsche Bundestag erneut mit dem Gesetzesvorhaben befasst. Mit dieser Vorgehensweise haben wir als Gesetzgeber die Möglichkeit, dann einen Gesetzestext zu verabschieden, der für formale Einsprüche keinerlei Anlass mehr bietet.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf einen weiteren Punkt zu sprechen kommen. Dem Bundesrat ist eine Fassung des Gesundheitsreformgesetzes zugeleitet worden, die der Deutsche Bundestag so nicht beschlossen hat. Die fehlenden Seiten 232 bis 255 waren in dem der Bundesrat zugeleiteten Fassung enthalten. Es bedarf deshalb der Aufklärung, wie dies geschehen konnte und welche Konsequenzen sich daraus für den weiteren Gang der Gesetzgebung ergeben; denn die zuständigen Bundesratsausschüsse haben ihr Votum auf der Basis eines nicht vom Bundestag gefassten Beschlusses abgegeben.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die erforderlichen Entscheidungen in dieser Angelegenheit gegebenenfalls unter Hinzuziehung des Ältestenrates baldig treffen könnten. ■

Auch die nordrhein-westfälische CDU startet Aktion gegen rot-grüne Gesundheitsreform

Noch vor Weihnachten will die nordrhein-westfälische CDU eine Kampagne gegen die vom Bundestag beschlossene Gesundheitsreform starten.

Landesvorsitzender Jürgen Rüttgers in Düsseldorf: Durch die Reform sind 150 Krankenhäuser in NRW von der Schließung bedroht. Bis zu 100.000 Menschen können ihre Arbeit verlieren.

Krankenhäuser gefährdet

Die CDU kritisiert insbesondere die neue „monistische Krankenhausfinanzierung“. Danach kommen die Krankenkassen demnächst auch für Investitionskosten der Krankenhäuser auf. Diese wurden bisher von den Ländern

übernommen. Die Krankenkassen zahlen die laufenden Betriebskosten.

Wenn ein solches Modell ohne die Steigerung der Beiträge umgesetzt werden sollte, müssten die Kassen zwangsläufig Krankenhäuser schließen.

Zwei-Klassen-Medizin

Rüttgers sagte weiter: Durch das Globalbudget und die Positivliste für Medikamente werde es demnächst wieder eine Zweiklassengesellschaft in der Gesundheitspolitik geben. Die Positivliste gefährde zudem den Wirtschaftstandort NRW. Die Pharmaindustrie wüsste nicht mehr, ob mit viel Geld entwickelte neue Produkte auch verkauft werden könnten.

Nach Rentenlüge nun der Ökosteuerbetrug

Zu Presseberichten, wonach das Ökosteueraufkommen nicht in voller Höhe zur Senkung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung eingesetzt wird, erklärte die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerda Hasselfeldt:

Nun wird auch in der veröffentlichten Meinung das Ausmaß des Unsinnns der Ökosteuer immer sichtbarer.

Bereits in den parlamentarischen Beratungen haben die Finanzpolitiker der Union wegen divergierender Finanzdaten im Finanztableau zum Ökosteuergesetzentwurf und im Haushalts-sanierungsgesetz nachweisbare Be-

lege dafür eingefordert, dass das gesamte Ökosteueraufkommen auch tatsächlich zur Beitragssenkung in der gesetzlichen Rentenversicherung eingesetzt wird.

Vage Beteuerungen

Außer vagen Beteuerungen war aber von den Koalitionsvertretern hierzu nichts zu hören. Im Gegenteil, im Endstadium der Gesetzesberatung wichen die Koalitionsvertreter sogar der konkreten Frage nach der Höhe der Beitragssenkung aus.

Dies zeigt, zur Rentenlüge gesellt sich nun auch noch der Ökosteuerbetrug.

Nein zum rot-grünen Ökosteuer-Gesetz

Schaden für NRW verhindern

Die CDU lehnt das von SPD und Grüne im Bundestag beschlossene Gesetz zur Fortführung der sogenannten ökologischen Steuerreform strikt ab. Dieses Gesetz schadet Nordrhein-Westfalen.

Es nützt weder der Umwelt, der Wirtschaft noch der Landwirtschaft. Insbesondere die im rot-grünen Ökosteuer-Gesetz enthaltene Steuerprivilegierung von bestimmten Gaskraftwerken wird verheerende Folgen für unser Land haben.

1. Durch die rot-grüne Entscheidung im Bundestag wird die Wettbewerbssituation für die heimischen Stein- und Braunkohlekraftwerke massiv verschlechtert. Dadurch stehen tausende von Arbeitsplätzen sowohl in den Kohlekraftwerken als auch im Braunkohletagebau und in den Steinkohlezechen auf dem Spiel.

2. Das von RWE im Rahmen der Genehmigung von Garzweiler II zugesagte 20-Milliarden-Kraftwerkserneuerungsprogramm wird durch das rot-grüne Ökosteuer-Gesetz gefährdet. Das hat nachteilige Folgen sowohl für vorhandene als auch für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Ausserdem schadet es der Umwelt.

3. Durch das neue Ökosteuer-Gesetz wird der Aufschluss von Garzweiler II massiv gefährdet.

4. Die sogenannte Ökosteuer verschlechtert die Wettbewerbsbedingungen für die Landwirtschaft und den Gartenbau. Dies bedeutet eine nachhaltige Schwächung des ländlichen Raums und seiner wirtschaftlichen Grundlagen.

Die CDU fordert Ministerpräsident Clement auf, im Interesse des Landes im Bundesrat gegen die rot-grüne Ökosteuer zu stimmen. Eine Enthaltung der Landesregierung im Bundesrat wäre ein Wegstehen aus der Verantwortung für Nordrhein-Westfalen. Nur mit einem klaren Nein kann das Ökosteuer-Gesetz und können die verheerenden Folgen für Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit anderen Bundesländern im Bundesrat verhindert werden.

Darüber hinaus fordert die CDU den stellvertretenden Landesvorsitzenden der NRW-SPD Clement auf, die Position der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten zur Ökosteuer eindeutig zu klären. Es ist ein Trauerspiel, dass es der SPD-Landesvorsitzende Müntefering und die SPD-Bundestagabgeordneten waren, die der

Beschluss des Landesvorstands der nordrhein-westfälischen CDU

rot-grünen Ökosteuer im Bundestag die notwendige Mehrheit verschafft haben. Dem SPD-Landesvorsitzenden Müntefering ist offensichtlich das Überleben der rot-grünen Regierung in Berlin wichtiger als das Wohl und das Schicksal der Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Die CDU steht zu Garzweiler II und zu den geltenden Verabredungen für die Steinkohle. Wir wollen im Interesse des Umweltschutzes und der Schaffung neuer Arbeitsplätze das 20-Milliarden DM umfassende Kraftwerkserneuerungsprogramm, und deshalb stehen wir zu den Verabredungen mit RWE und Rheinbraun.

Dem Bundeswirtschaftsminister entgleitet die Energiepolitik

Zum Kommentar des Bundeswirtschaftsministers bezüglich eines Gutachtens, die Liberalisierung auf den Energiemärkten würde sich auf die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands positiv auswirken, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Der vom Bundeswirtschaftsminister befürwortete marktwirtschaftliche Ansatz ist in der Politik der Koalition nicht mehr zu erkennen. Die energiepolitischen Beschlüsse und Ankündigungen der Koalitionsparteien der letzten Wochen verstärken vielmehr den Eindruck, dass Bundeswirtschaftsminister Müller die Energiepolitik mehr und mehr entgleitet. Das energiepolitische Hauptziel des Wirtschaftsministers – der Ausstieg aus der Kernenergie im Konsens – wird durch einen Konfrontationskurs ersetzt. Rote und Grüne machen Energiepolitik, ohne sich um den Energie-Minister zu kümmern. Der Wettbewerb auf den Strommärkten, der private Kunden und Wirtschaft in den nächsten Jahren um 15-20 Mrd. DM entlasten könnte, steht auf dem Spiel.

- Die Stromsteuer belastet die Verbraucher im nächsten Jahr mit über 5,5 Mrd. DM – bis 2003 wird sie auf fast 9 Mrd. DM steigen.
- Mit der Reform des Stromeinspeisungsgesetzes sollen die Subventionen für regenerativen Strom von heute bereits rund 1 Mrd. DM deutlich erhöht werden.
- Die Unterstützung kommunaler Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen wird die Verbraucher nach Angaben des BMWi rund 1,7 Mrd. DM kosten.
- GuD-Kraftwerke mit einem Wirkungsgrad größer als 57,5% sollen von der Ökosteuer ausgenommen werden. Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen mit einem Wirkungsgrad von über 70% sollen von der Erdgas- bzw. Mineralölsteuer und kleine Blockheizkraftwerke von der Stromsteuer ausgenommen werden. Diese Maßnahmen verzerren den Wettbewerb.

Der Kurs der Regierung heißt weg vom Markt und hinein in neue Dauersubventionen und in einen Förderdschungel, den am Ende nur wenige durchschauen. Ein Chaos wie im Steuerrecht ist unausweichlich.

Gewerkschaft: Verdi

Noch nie in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist so musikalisch gesprochen worden wie bei der Gründung der möglicherweise größten Gewerkschaft der Welt. Sie soll den schönen Namen Verdi tragen. Gemeint ist damit nicht der italienische Opernkomponist, obwohl auch der schon während der italienischen Einigung mit jedem Buchstaben einzeln

übersetzt worden ist als Name des damaligen Königs. Verdi ist eine Abkürzung für „Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft“ mit den DGB-Gewerkschaften Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Handel, Banken und Versicherungen (HBV), IG Medien, Deutsche Postgewerkschaft (DPG) und der nicht zum DGB gehörenden Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG).

General-Anzeiger, Bonn

Ein Gutachten kein Ersatz für Energiepolitik

Zur Veröffentlichung des Prognos-Gutachtens zur Energiepolitik in Deutschland durch das Bundeswirtschaftsministerium erklärte der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kurt-Dieter Grill:

Das Gutachten ist kein Ersatz für das bis heute fehlende Energiekonzept der Bundesregierung. Bundeswirtschaftsminister Müller muss in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, dass er selbst gefordert hat, dass vor dem Ausstieg aus der Kernenergie die Frage beantwortet werden muss, in welche Ersatzenergien eingestiegen wird.

Die Bundesregierung war bis zum heutigen Tage nicht in der Lage, die Große Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom März 1999 zur Energiepolitik zu beantworten. Den angekündigten Termin im September hat man nicht eingehalten. Das Gutachten ist keine Antwort.

Die in der Pressemitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums veröffentlichten Fakten machen folgendes deutlich:

Der Ausstieg aus der Kernenergie führt zu einer drastischen Erhöhung der CO₂-Emissionen, wenn Kohle und Gas an die Stelle der Kernenergie treten.

Neben der Kapitalvernichtung im Bereich der Kernenergie kommt es dadurch zu einer erheblichen Kostensteigerung, wenn die Bundesregierung ihre Verpflichtungen aus ihrer Klimapolitik glaubwürdig umsetzen will. Die Kosten für den Ausstieg aus der Kernenergie werden auf die Verbraucher im Wärme- und Verkehrsmarkt abgewälzt werden müssen. Nach allen bisher verfügbaren Daten ist ein klimaneutraler Ausstieg aus der Kernenergie mit Kosten in der Größenordnung von 400 Milliarden

DM verbunden. Die erneuerbaren Energien sind kein Ersatz für die Kernenergie. Die angenommene Verdopplung bis 2020 liegt um zehn Jahre hinter dem Zeitziel von Bundesumweltminister Trittin.

Die bisherige Förderpolitik der rot-grünen Koalition leistet keinen ausreichenden Beitrag zur Erreichung dieses Zieles, zumal die Ökosteuer in der Hauptsache für die Rentenpolitik und die Haushaltssanierung verbraucht wird.

Wenn das Gutachten eine Basis für den Energiedialog sein soll, dann muss die Arbeit grundsätzlich überdacht werden. Dazu ist noch in diesem Jahr eine Sitzung der Steuerungsgruppe erforderlich. Der Ausstieg aus der Kernenergie kann nicht weiter im Dialog tabuisiert werden. Er hat erhebliche Konsequenzen. Wenn das Gutachten seinen Zweck erfüllen soll, muss der Dialog auf dieser Basis neu starten.

Daraus könnte sich eine Chance für einen umfassenden langfristig tragfähigen Energiekonsens in Deutschland ergeben. Dies wäre dringend notwendig, damit die Politik der widersprüchlichen Einzelentscheidungen der Bundesregierung ein Ende hat.

22.000 Stellen weg

Wie eine IHK-Umfrage ermittelte, sind in der Region Stuttgart seit April durch die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse 22.000 Stellen weggefallen. Nur ein kleiner Teil der bis dahin bestehenden 630-Mark-Jobs wurde in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umgewandelt.

GESUNDHEIT**Schlamperei**

Die rot-grüne Gesundheitsreform hat beste Chancen, als eine Aneinanderreihung von Pleiten, Pech und Pannen in die Parlamentsgeschichte einzugehen. Schon bei der abschließenden Beratung im Gesundheitsausschuss haben nicht einmal alle Experten den Überblick behalten, was im Entwurf von Gesundheitsministerin Andrea Fischer stand, was nachträglich hinzugefügt, was geändert oder wieder gestrichen wurde. 345 Seiten Änderungsanträge der Regierungsfractionen – allein 60 Anträge in der letzten Ausschusssitzung – waren noch eingearbeitet worden. Bei der Schlussabstimmung im Bundestag herrschte Chaos, weil die Vorlage nicht identisch war mit der im Ausschuss beschlossenen. Nun wurde festgestellt, dass in der vom Bundestag beschlossenen Fassung die Seiten 232 bis 255 fehlten – ausgerechnet jene politisch umstrittenen Passagen, die sich mit dem Solidarbeitrag für die maroden Ostkassen beschäftigten. Peinlich! Peinlich!

Stuttgarter Zeitung**KERNKRAFT****Nadelstiche**

Im Kampf um die Kernkraft bleibt die Politik unberechenbar. Die Gegner

im rot-grünen Lager warten mit immer neuen Tricks auf. Sie verfeinern ihre Taktik der permanenten Nadelstiche und setzen vor allem auf das Verbot der Castor-Transporte. Damit rückt die Entsorgungsblockade bedrohlich näher. Wird sie akut, müssen schon im Frühjahr die ersten Kernkraftwerke abgeschaltet werden. Der Strom käme dann aus dem Ausland, und dort würden auch die Arbeitsplätze geschaffen, die Kanzler Schröder hier zu Lande gerne hätte.

Die Welt**GARZWEILER II****Aussteigen**

Nun hat RWE-Chef Kuhn die Katze aus dem Sack gelassen. Der Energiekonzern ist an Garzweiler II samt angeschlossener Kraftwerksinvestitionen nicht mehr interessiert, falls die Berliner Politik ihren Kurs beibehält. Mit einer Kursänderung ist jedoch nicht zu rechnen. Fällt also das umstrittene Braunkohleprojekt? Es spricht einiges dafür. Nicht nur die gesetzlichen Grundlagen, auch das wirtschaftliche Umfeld für das geplante Braunkohleprojekt hat sich radikal geändert. Heute herrscht Wettbewerb bei Öl, Gas und Strom. Die Gefahr, einseitig auf Energieimporte

te aus einer Region angewiesen zu sein, hat sich stark gemindert. Gleichzeitig stiegen die Risiken, sich jahrzehntelang an ein Projekt wie Garzweiler II zu binden. So hat der Preisverfall von Erdgas die Wirtschaftlichkeit der Braunkohle in Frage gestellt. Bei RWE wächst die Zahl derer, die lieber heute als morgen aus dem umstrittenen Projekt aussteigen wollten – aus betrieblicher Sicht verständlich.

Rheinische Post**PRESSEFREIHEIT****In Gefahr**

Die von der Bundesregierung ins Werk gesetzte Änderung des Datenschutzgesetzes erscheint übereilt, unausgegoren, nicht durchdacht und praxisfern. Das ist das Freundlichste, was man zu diesem Referentenentwurf sagen kann, der bald Gesetz zu werden droht. Die Bestückung von Redaktionen mit Datenschutzbeauftragten, die in das sehr delikate Verhältnis zwischen Journalisten und den Quellen ihrer Information Einblick hätten, ist nicht nur ein bürokratisches Ärgernis, sondern auch ein schwerwiegender Eingriff in die Arbeit von Journalisten. Diese Art von Kontrolle wirkt wie Zensur, sagt der Presserat.

Kölner Stadt-Anzeiger

Hans-Gert Pöttering:

Europäische Aussen- und Sicherheitspolitik gemeinsam zum Erfolg führen

Erfolg bei der Integration der Westeuropäischen Union (WEU) in die Strukturen der Europäischen Union und bei der Schaffung einer handlungsfähigen Aussen- und Sicherheitspolitik hat der Vorsitzende der EVP/ED-Fraktion (christliche Demokraten und europäische Demokraten) im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, dem hohen Repräsentanten der EU-Aussen- und Sicherheitspolitik und zukünftigen Generalsekretär der WEU, Javier Solana, gewünscht.

Mit Solana müsse eine Form der engen Zusammenarbeit auf der gleichen Grundlage wie mit der EU-Kommission entwickelt werden. Insbesondere erwarte das Parlament, dass Solana, wenn vom Parlament gewünscht, in den zuständigen Ausschüssen und im Plenum für Gespräche zur Verfügung stehe. Pöttering sicherte Solana die Unterstützung seiner Fraktion für eine gute Zusammenarbeit zu. Gleichzeitig rief er Solana und den zuständigen EU-Kommissar Chris Patten zu einer hervorragenden Zusammenarbeit im Interesse Europas auf. Die Kommission müsse, wie vertraglich zugesichert, an der Gemeinsamen Aussen-

und Sicherheitspolitik beteiligt werden. Deswegen habe seine Fraktion auch darauf bestanden, dass der Kommissar an der heutigen Debatte über die Aussen- und Sicherheitspolitik teilnimmt.

Pöttering wies darauf hin, dass mit der Integration der WEU in die Europäische Union das Europäische Parlament, neben den nationalen Parlamenten, die parlamentarische Kontrolle wahrnehmen müsse. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik müsse im nächsten Schritt auch konkrete Aufgaben der Logistik wie Transport, Aufklärung und Kommunikation übernehmen und damit die Aktivitäten der Vereinigten Staaten ergänzen. „Dies wird das atlantische Bündnis stärken und zu einer größeren Handlungsfähigkeit der Europäischen Aussen- und Sicherheitspolitik im Rahmen des atlantischen Bündnisses führen“, erklärte Pöttering.

Im Hinblick auf die Situation in Tschetschenien sagte Pöttering: „Was dort geschieht, ist eine Schande für Russland und eine Schande für Europa. Wer jetzt nicht seine Stimme beim Treffen der OSZE in Istanbul erhebt und schweigt, der macht sich schuldig.“

Hohe Auszeichnung für Günter Rinsche

Dem früheren CDU-Europaabgeordneten aus Hamm und langjährigen Vorsitzenden der CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament, Prof. Günter Rinsche, ist vom Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Johannes Rau, das Große Bundesverdienstkreuz verliehen worden. Rinsche, der seit 1995 auch Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung ist, wurde für seine großen Verdienste insbesondere um die europäische Einigung ausgezeichnet. Der Orden wurde durch den Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Ingo Friedrich MdEP, in Straßburg überreicht.

Faire Wettbewerbschancen für die europäische Landwirtschaft

Der CDU-Bundesfachausschuss Agrarpolitik hört Verbände im Vorfeld der bevorstehenden WTO-Agrarverhandlungen. Dazu erklärten der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Agrarpolitik, Reimer Böge MdEP, und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „WTO“ des Bundesfachausschusses, Peter Bleser MdB:

Der Agrarhandel steht bereits auf der Tagesordnung der Ende November in Seattle beginnenden neuen Welthandelsrunde. Hier wird in den nächsten Jahren der Rahmen, in dem landwirtschaftliche Produktion weltweit stattfindet, gesetzt. Die Ergebnisse der letzten GATT-Runde können nicht befriedigen. Der Subventions- und Produktionswettbewerb ist eher gestiegen. Gerade in den USA haben die Zahlungen deutlich zugenommen. 20 Milliarden US-Dollar gibt das Land 1999 allein an Direktsubventionen für den Ackerbau aus. Auch die großen Agrarexportländer der sogenannten Cairns-Gruppe, Kanada, Neuseeland und so weiter, greifen aktiv ins Handelsgeschehen ein. Auch aus der Sicht der europäischen Verbraucher, die zum Beispiel dem Hormoneinsatz in der Tiermast kritisch gegenüberstehen, sind die derzeitigen Handelsregelungen zum Teil unzureichend.

Die CDU will das europäische Landwirtschaftsmodell und den hohen Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutz absichern. Denn wir wollen eine nachhaltige Entwicklung von Landwirtschaft, ländlichem Raum und Gesellschaft im Sinne des Agenda 21-Prozesses. Für die ortsgebundene Landwirtschaft brauchen wir eine andere WTO-Verhandlungsstrategie als für die industrielle Produktion und das Dienstleistungsgewerbe.

Unsere Ziele im Einzelnen:

- Wir wollen die Berücksichtigung von Verbraucherwünschen und die Verankerung des vorbeugenden Verbraucherschutzes.
- Wir wollen eine umweltfreundliche Agrarproduktion in Europa und der Nachhaltigkeit verpflichtet.
- Wir wollen befriedigende Einkommenschancen aus der wirtschaftlichen Tätigkeit für unsere Landwirtschaft.
- Wir wollen im Interesse des Erhalts der Kulturlandschaft, der Stabilität der ländlichen Räume und der Erhaltung von Produktionspotentialen die flächendeckende Landwirtschaft in Deutschland sichern.

Schutz von Verbrauchern und Umwelt müssen Priorität haben

- Wir wollen den Subventionswettbewerb beenden.
- Wir wollen stabile Weltmärkte.
- Wir wollen ein faires Handelssystem.
- Wir wollen den Interessen der Entwicklungsländer entgegenkommen.

Diese Ziele können nur verwirklicht und mit Nachdruck in den Verhandlungen von europäischer Seite vertreten werden, wenn es einen breiten gesellschaftlichen Konsens darüber gibt. Der CDU-Bundesfachausschuss Agrarpolitik will dazu beitragen und hat deshalb eine Anhörung mit Vertretern aus Landwirtschaft, Industrie, Natur-, Umwelt- und Tierschutzorganisationen, aus den Kirchen, Verbraucherverbänden und Entwicklungshilfeorganisationen durchgeführt. Nach Auswertung der Ergebnisse wird der Bundesfachausschuss

“Vertrauen verpflichtet”

Am 6. November trafen sich 170 Delegierte und zahlreiche Gäste zum 12. Landesparteitag der Thüringer Union in der neuen Weimarahalle, dem Ort, an dem im August mit Wolfgang Schäuble und Bernhard Vogel der Landtagswahlkampf gestartet wurde.

In Thüringen wurden mit herausragenden Ergebnissen die Kommunal- und Europawahl sowie die Landtagswahl gewonnen. Mit dem Parteitag ging damit für die CDU Thüringen ein überaus erfolgreiches Wahljahr zu Ende.

„Vertrauen verpflichtet“ war deshalb das Motto des Parteitages. Die CDU müsse nun überall im Land präsent sein, „unsere Geschäftsstellen müssen zu Bürgerbüros werden“, so der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Bernhard Vogel, in seiner Rede. Man habe in Thüringen nun bayerische Wahlergebnisse, aber noch keine bayerischen Verhältnisse, was die Parteistruktur betreffe. Deshalb werde sich eine Arbeitsgruppe „Union 2004“ unter Leitung des 1. Stellvertretenden Landesvorsitzenden Dieter Althaus mit Fragen wie Mitgliedergewinnung, innerparteilicher Kommunikation, Arbeit der Ortsverbände und der Kreisgeschäftsstellen befassen. „Es muss deutlich werden, dass wir die Thüringen-Partei sind“.

Vogel weiter: „Unser Wahlprogramm ist jetzt, wo wir allein regieren, unser Regierungsprogramm. Unsere Wahlkampfmannschaft ist jetzt unsere Regierungsmannschaft. Wir tun, was wir angekündigt haben, und wir meinen, was wir sagen.“ Als Schwerpunkte der nächsten fünf Jahre nannte Vogel: Arbeit schaffen, Infrastruktur sichern, Bildung, Wissenschaft und Forschung entwickeln, Recht und Ordnung sichern, Thüringer Identität stärken.

12. Landesparteitag der CDU Thüringen in Weimar

Wenige Tage vor dem 9. November erinnerte eine Ausstellung im Foyer an „Zehn Jahre Mauerfall“. Der Landesvorsitzende dankte „all den Mutigen, die im Herbst 1989 erst in die Kirchen und dann auf die Straßen gegangen waren und mit Kerzen und Gebeten der Gewalt trotzten“. Zur PDS sagte Vogel: „Wir bekämpfen die PDS, weil wir nicht wollen, dass die Stasis von gestern die Staatssekretäre von morgen werden. Wir bekämpfen sie aber vor allem deshalb, weil wir ihr gescheitertes Konzept ablehnen, weil wir nicht wollen, dass im nächsten Jahrhundert die gescheiterten politischen Ideen dieses Jahrhunderts die Menschen nochmals um den Ertrag ihrer Arbeit und ihre Freiheit bringen.“

seine Position – orientiert an den Prinzipien und Maßnahmen der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft – formulieren und der Öffentlichkeit präsentieren.

Unabhängig davon, wie das Ergebnis im Einzelnen ausfallen wird, ist klar, dass die Landwirtschaft die Herausforderungen der

Zukunft – Agenda 2000 und WTO – nur erfolgreich bewältigen kann, wenn ihre Wettbewerbskraft gestärkt wird. Das heißt, wir brauchen eine Politik der Entlastungen bei Steuern, Energiekosten, Sozialkosten, Genehmigungsverfahren und Auflagen. Das Gegenteil ist zur Zeit der Fall. ■

Jürgen Rüttgers mit überwältigender Mehrheit für den Landtag nominiert

Auf einer Mitgliederversammlung der CDU im Erftkreis wurde der CDU-Landesvorsitzende, Jürgen Rüttgers, mit einem überragenden Ergebnis als Landtagskandidat im Wahlkreis 12 (Pulheim und Bergheim) nominiert. 298 von 307 Mitgliedern stimmten für Jürgen Rüttgers. Das sind 97,07 Prozent.

Mit einer kämpferischen Rede läutete der CDU-Landeschef in seiner Heimatstadt Pulheim den Landtagswahlkampf ein. „Wir wissen, dass wir die Landtagswahl noch nicht gewonnen haben. Aber spätestens seit der Kommunalwahl wissen wir, dass wir sie gewinnen können. Das Projekt Aufbruch 2000 beginnt hier und heute in Pulheim“, rief Rüttgers den CDU-Mitgliedern zu. Er erinnerte die anwesenden Kommunalpolitiker an die Einlösung von Wahlversprechen. „Taten, die mit den Worten übereinstimmen, sind das Markenzeichen der neuen CDU im Westen.“

Dazu gehöre, dass die CDU „die Schulen in Ordnung bringt, um aktive Zukunftspolitik für Nordrhein-Westfalen zu machen“. In den kommunalen Haushalten sollten entsprechende Schwer-

punkte auf die räumliche und sächliche Ausstattung der Schulen gelegt werden.

Die aktuelle Debatte um die Ökosteuer und die damit verbundenen Auswirkungen auf den Braunkohlebergbau zeige, so Rüttgers, dass sich Clement in Berlin nicht durchsetzen könne. „Johannes Rau hatte unter Helmut Kohl mehr Einfluss als Clement unter Schröder“, erklärte der CDU-Landesvorsitzende.

Hart ging Rüttgers mit Müntefering ins Gericht. „Es ist schändlich, wie der SPD-Landesvorsitzende Müntefering die Interessen von Nordrhein-Westfalen in Berlin verraten hat. Er und die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen haben der rot-grünen Ökosteuer erst im Bundestag die notwendige Mehrheit verschafft.“

Die politisch Verantwortlichen in Düsseldorf hätten nicht die Kraft, dieses unfaire und ungerechte Gesetz zu korrigieren, so Rüttgers weiter. „Dieses Jammerspiel kann Tausende von Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen kosten.“

Mit Blick auf die Landtagswahl erklärte Rüttgers: „Wir kämpfen um Platz eins in Nordrhein-Westfalen. Die Bundesregierung versagt und deshalb brauchen wir eine starke Landesregierung.“

Rheinpfalz-Trend: CDU baut Vorsprung aus

Der Abwärtstrend für die rheinland-pfälzische SPD hält an. Die Partei von Ministerpräsident Kurt Beck liegt mit 36 Prozent inzwischen in der Wählergunst acht Punkte hinter der CDU. Wie der aktuelle Rheinpfalz-Trend weiter ergibt, hat die SPD gegenüber August zwei Prozentpunkte verloren, die CDU legte einen Punkt zu. Die in Mainz mitregierende FDP verbessert sich von sechs auf sieben Prozent, die Grünen gehen von sieben auf sechs Prozent zurück.

Frauen diskutieren Zukunftstrends:

Arbeit – Bildung – Familie



Anlässlich der 23. Bundesdelegierten-tagung der Frauen-Union der CDU am 20./21. November in Timmendorfer Strand erklärte die Bundesvorsitzende der Frauen-Union Rita Süsmuth:

Die Frauen-Union hat ihren 23. Delegiertentag vom 20.-21. November in Timmendorfer Strand unter das Motto „Frauen nehmen die Zukunft in die Hand“ gestellt.

Mit der Schweizer Trendforscherin Monique Siegel wollen wir nach den Trends fragen, die Zukunft im Bereich Arbeit, Bildung und Familie bestimmen werden. „Die Zukunft findet statt – notfalls auch ohne Sie!“ lautet der provokante Titel ihres Referats. Die These lautet: Das 21. Jahrhundert wird eine Welt der Möglichkeiten für die Frau. Die drastischen Veränderungen in der Wirtschaft haben nachhaltige Auswirkungen auf die Arbeitswelt, die Form der Aus- und Weiterbildung und das Familienleben.

Für die politische Diskussion hat der Bundesvorstand der Frauen-Union einen Leit-antrag „Zukunft der Familie im 21. Jahrhundert – Forderungen der Frauen“ vorgelegt. Ziel ist es, aus der Sicht von Frauen, die Zukunft der Familienförderung, des Familienbildes, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Erziehungskompetenzen zu erörtern und entsprechende Zielvorstellungen zu formulieren. Die Frauen-Union will mit ihrem Antrag einen aktiven Beitrag zur Diskussion der Familienpolitik in der CDU leisten und ihre Schwerpunkte deutlich machen. Wir wollen eine Stärkung der Lobby für Familien. Der Antrag wurde in den Kreisverbänden rege und konstruktiv diskutiert. Mit 260 Änderungsanträgen wurde der Entwurf weiterentwickelt.

Einen Schwerpunkt des Antrags und der Tagung bilden die Väterperspektiven. Der

bedeutsamen Rolle des Vaters in der Partnerschaft sowie für die Entwicklung des Kindes wird mit dem Beitrag zur „engagierten Vaterschaft – die sanfte Revolution in der Familie“ von Professor Wassilios Fthenakis breiter Raum gegeben.

Zentrale Forderungen der

Frauen-Union sind:

● Verbesserung der Einkommenssituation von Familien entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Die Reform der Familienbesteuerung muss im Ergebnis eine tatsächliche Verbesserung der Einkommenssituation von allen Familien erreichen. Eine bloße Umverteilung familienpolitischer Leistungen ist hierfür nicht ausreichend und widerspricht dem Geist des Bundesverfassungsgerichtsurteils.

● Fortentwicklung des von uns durchgesetzten „Erziehungsurlaubs“ zu einem Anspruch auf „Familienzeit“

Künftig sollen Mütter und Väter ein Zeitkonto von drei Jahren in den ersten acht Lebensjahren ihres Kindes flexibel in Anspruch nehmen können. Sie sollen damit in die Lage versetzt werden, sich in den Lebensphasen, in denen ein Kind besonders intensiv auf die Begleitung und Zuwendung seiner Eltern angewiesen ist, vorrangig ihrer Erziehungsaufgabe widmen zu können. Teilen sich beide Eltern die Familienzeit von drei Jahren, wird die Familienzeit um ein „Partnerhalbjahr“

verlängert. Fortbildungs- und Fördermaßnahmen während der Familienzeit sollten verstärkt ermöglicht werden.

● **Rechtsanspruch auf eine bedarfsgerechte Betreuung von Kindern bis zum 12. Lebensjahr**

Benötigt wird eine flächendeckende, familienunterstützende Kinderbetreuung, die primär der Entwicklung und Förderung eines jeden Kindes dient und zugleich dem Elternwohl, der Erziehungsfähigkeit der Eltern wie ihrer Entlastung. Dazu gehört zum Beispiel der konsequente Ausbau des Betreuungsangebotes in den Grundschulen bis hin zur verlässlichen Halbtagschule. Die Finanzierung von Bundesgesetzen darf nicht zu Lasten der Kommunen gehen. Öffnungszeiten von Kindergärten und Horten müssen sich den Arbeitszeiten anpassen. In dem Bemühen um mehr Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt ist fortzufahren.

● **Förderung der Partnerschafts- und Erziehungsfähigkeit**

Dies ist angesichts der sozialen und gesundheitlichen Folgen krisenhafter Famili-

en dringend geboten. Angebote zur Unterstützung von Partnerschaft und Erziehung müssen flexibler und niedrigschwelliger gestaltet werden. Diese Maßnahmen sollen in Kooperation mit Schulen (Lernhalte), freien Trägern und Erwachsenenbildung gefördert werden.

● **Stärkere Berücksichtigung der Rolle der Väter für die Entwicklung der Kinder**

In der Familie muss die Erziehung als gemeinsame Aufgabe von Vater und Mutter begriffen werden. Dabei ist nicht die aufgewendete Zeit entscheidend, sondern die Qualität der Beziehung.

● **Eigenständige soziale Sicherung der Erziehungspersonen ausbauen**

Bei der Reform der Alterssicherung ist die Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht weiter auszubauen. Für die Betreuung und Pflege von älteren Menschen muss ein mit der Erziehung von Kinder vergleichbarer Rahmen geschaffen werden.

Wahl des Bundesvorstands der Frauen-Union 1999

Vorsitzende:

Rita Süßmuth MdB (304) 90,4 %

Stellvertretende Vorsitzende:

Gesine Matthes (312) · Doris Pack (300) · Gabriele Wiechatzek (250) · Elke Holzapfel (240) · Barbara Stober (216)

Wahl der Schriftführerin:

Eva Maria Henkel-Wybrands (329)

Beisitzerinnen:

Dorothea Störr-Ritter (283) · Susan-

ne Pfeiffer (268) · Hedi Thelen (246) · Christa Kläß (244) · Yvonne Kempen (236) · Eva Möllring (227) · Kamilla Bühring (223) · Bärbel Sothmann (218) · Rita Fritz (206) · Daniela Birkenfeld-Pfeiffer (201) · Brunhilde Rühl (198) · Ingrid Petzold (195) · Anne Marie Kreckel (192) · Ina Scholler (191) · Brunhilde Liebrecht (186) · Sylvia Gielisch (184) · Gisela Lemke (183) · Karen Koop (174) · Annedore Windler (173) · Siglinde Porsch (171)



Helmut Sauer: Heimatvertriebene, Aussiedler und die Deutschen in den Heimatgebieten setzen auch in Zukunft ihr Vertrauen in die Politik der CDU/CSU. Rot-Grün hat die Vertriebenen bitter enttäuscht.

Bundsvorstand Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung in der CDU/CSU, gewählt: am 12./13. November

● Vorsitzender:

Helmut Sauer (Niedersachsen)

● Stellvertretende Vorsitzende:

Rüdiger Goldmann, MdL
(Nordrhein-Westfalen)

Dietrich Hoth (Hamburg)

Werner Hubrich, MdL (Sachsen)

Kurt Josef Rossmannith, MdB
(Bayern)

Erika Steinbach, MdB
(Hessen)

● Schatzmeister:

Heinz Greifenhain (Niedersachsen)

● Beisitzer:

Wolfgang Ehlers
(Mecklenburg-Vorpommern)

Herbert Gorzel (Hessen)

Christoph Mey (Schleswig-Holstein)

Gabriele Nitsche (Berlin)

Franz Pany (Bayern)

Egon Primas, MdL (Thüringen)

Maria-Elisabeth Schiebuhr
(Nordrhein-Westfalen)

Karl Walter Ziegler
(Baden-Württemberg)

● Hauptgeschäftsführer:

Klaus Schuck

Aktion

Gesundheit muss sich jeder leisten können

Bestellschein

IS-Versandzentrum
Frau Raabe
Postfach 1465

59320 Ennigerloh

Fax: 02524/911310

Absender / KV-Nr.

--	--	--	--

Rechnungsanschrift

CDU-Verband

Ansprechpartner

Straße

PLZ, Ort

Tel.-Nr.

Versandanschrift (falls nicht identisch)

CDU-Verband

Ansprechpartner

Straße

PLZ, Ort

Tel.-Nr.

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen.
Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Ja,

ich bestelle:

Materialien zur Gesundheitsaktion

Bestell-Nr.	Artikel	Bestell-menge	Preis
2626	Faltblatt „Gesundheitspolitik ist Vertrauenssache“ Preis: 20,00 DM je 100 Expl.		
5638	Broschüre „Gesundheit muss sich jeder leisten können“ Preis: 28,00 DM je 100 Expl.		
9637	Papiertaschentücher „Gegen rot-grüne Nasen“ Preis: 45,00 DM je 126 Expl. (1 Karton)		Erst wieder Mitte Dezember lieferbar!
9560	Vitamin-Bonbons Preis: 35,50 DM je 500 Expl.		

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

Datum

Unterschrift

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 11 90
53348 RHEINBACH
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

**Gesundheit
muss sich jeder
leisten können!**

Die Aktion der CDU
für eine andere Gesundheitsreform

CDU
mitten im Leben.

● **Broschüre**

„Gesundheit muss sich
jeder leisten können“

Gegen rot-grüne Nasen!

CDU

● **Papiertaschentücher**

„Gegen rot-grüne Nasen“

GESUNDHEITSPOLITIK

**Gesundheitspolitik
IST VERTRAUENSACHE**

Unser Gesundheitswesen muss leistungstark und bezahlbar bleiben. Es ist auch ein Erfolg der Politik der Union, daß alle Patienten am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Niemand muß auf medizinische Leistungen verzichten. Patienten können den Arzt ihres Vertrauens frei wählen. Und dennoch konnten die Beitragsätze zur gesetzlichen Krankenversicherung stabilisiert werden.

Die rot-grüne Bundesregierung schlägt mit ihrer „Gesundheitsreform 2000“ dagegen einen verhängnisvollen Kurs ein. Zentralismus und staatliche Bevormundung gängigen Ärzten und Patienten, Mangelvermutung ersetzt eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung. Das Solidarprinzip wird zerstört und zerstört. Verlierer der rot-grünen „Gesundheitsreform 2000“ sind die Patienten und die Versicherten.

● **Faltblatt**

„Gesundheitspolitik ist
Vertrauenssache“



● **Vitamin-Bonbons**

UiD

37/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König. **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profflich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.